

Martin Stadelmaier

**Begrüßung anlässlich der Fachtagung „Freiwilligensurvey und Engagementpolitik der Länder – Empirische Befunde, politische Konsequenzen, Forschungsbedarfe“  
durch Martin Stadelmaier, Chef der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz**

Sehr geehrter Herr Kollege Pott,  
sehr geehrter Herr Dr. Gensicke,  
sehr geehrter Herr Professor Dr. Olk,  
lieber Herr Dr. Heuberger,  
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich sehr, Sie heute hier in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz begrüßen zu dürfen und heiße Sie alle recht herzlich willkommen. Ich tue dies stellvertretend für die Veranstalter dieser Tagung – die Länder Baden-Württemberg, Brandenburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz sowie das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement.

Im Mittelpunkt der heutigen Tagung steht eine wissenschaftliche Studie – der sogenannte Freiwilligensurvey – und die hierzu durchgeführten Untersuchungen auf Länderebene. Es handelt sich dabei nicht um irgendeine Studie oder um beliebige Daten zum ehrenamtlichen Engagement. Die Befassung mit dem Freiwilligensurvey und Fragen wie: Was bedeuten seine Ergebnisse für die Gestaltung unserer Engagementpolitik und was benötigen wir an Wissen und Kenntnissen, um diesen Politikbereich sinnvoll weiterzuentwickeln, weisen unseren Blick auf folgende wichtige Zukunftsfragen unserer Gesellschaft. Wie wollen wir künftig zusammenleben? Wie sichern wir soziale Gerechtigkeit? Wie bewältigen wir die Probleme und Herausforderungen unserer Gesellschaft (demographischer Wandel), wie bewältigen wir Umbrüche in unserem Bildungs- und Erziehungssystem, die Weiterentwicklung unserer sozialen Sicherungssysteme oder die Gestaltung der Energiewende?

All diese gesellschaftlichen Bereiche – dies dürfte inzwischen klar geworden sein – werden wir ohne die Beteiligung und die aktive Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger nicht bewältigen können. Die Frage ist daher: Sind die Menschen aus freien Stücken bereit mehr zu tun und Verantwortung zu übernehmen, als Recht und Gesetz sie dazu verpflichten? Für die staatliche Ebene stellt sich ebenso die Frage, was wir dafür tun können, damit sich Menschen freiwillig engagieren, sich in die Geschicke der Gesellschaft einbringen und so Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen. Für diese wichtigen Fragen brauchen wir

gesichertes Wissen und Erkenntnisse, um sinnvoll agieren zu können und das weite Feld der Engagementpolitik fortzuentwickeln.

Seit 1999 haben wir mit dem Freiwilligensurvey – der repräsentativen Bevölkerungsbefragung zu Freiwilligenengagement und Ehrenamt – ein gutes Instrumentarium, das uns wichtige Anhaltspunkte zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements geliefert hat. Über die drei Erhebungswellen von 1999, 2004 und 2009 sind wir zudem in der Lage, in einer Längsschnittperspektive Entwicklungen und Veränderungen im Freiwilligenengagement zu erkennen und darauf zu reagieren. Ein besonderer Dank gilt an dieser Stelle dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, welches als Initiator und Hauptfinanzierer des Freiwilligensurveys fungierte. Das Engagement des Bundes hat damit zentrale Grundlagen geschaffen und im empirischen Bereich die Basis für eine Dauerbeobachtung des Feldes gelegt. Wir sind sehr froh darüber, dass es 2014 den 4. Freiwilligensurvey geben wird.

Die Länder haben ihrerseits die Chance genutzt, auf Basis der Daten der Bundesstudie, eigene Länderstudien zu erstellen. Diese waren und sind – dies gilt für Rheinland-Pfalz wie für die anderen Länder – die wichtigste Grundlage für die Entwicklung von Strategien und Instrumenten der Engagementförderung. Zurückblickend auf eine Dekade Engagementpolitik lassen sich aus Länderperspektive einige wichtige Meilensteine hervorheben, die letztlich in Auseinandersetzung mit den Ergebnissen des Freiwilligensurveys auf den Weg gebracht wurden. Ich denke hierbei insbesondere an die Auseinandersetzung mit Fragen des Versicherungsschutzes sowie die Entwicklung und den Abschluss von Unfall- und Haftpflichtversicherungen für auf Landesebene Engagierte. Ich denke ferner an die Entwicklung von neuen Instrumenten der Wertschätzung und der Anerkennung des freiwilligen Engagements, wie etwa Engagement- und Kompetenznachweise, neue Formen der Ehrung, Preisverleihungen, medienwirksame Veranstaltungen wie landesweite Ehrenamtstage, aber auch an neue Angebote der Weiterbildung und Qualifizierung im Ehrenamt. Ich denke an den Ausbau von Informations- und Beratungsleistungen für Engagierte und zivilgesellschaftliche Organisationen, wie etwa eigene Internetseiten und Onlineangebote, Newsletter und Journale. Nicht zuletzt erinnere ich an die Weiterentwicklung von Infrastrukturen auf kommunaler und Landesebene sowie die Einrichtung von Ansprech- und Servicestellen, die sich inzwischen zu wichtigen Knotenpunkten der Engagementförderung entwickelt haben. Vieles Weitere ließe sich ergänzen.

Besonders hervorzuheben ist sicherlich, dass mit dem Freiwilligensurvey und den offen gelegten Länderquoten ein konstruktiver Wettbewerb zwischen den Ländern um gute Modelle und Instrumente der Engagementförderung eingesetzt hat. Auf diese Weise hat der Freiwilligensurvey sicherlich dazu beigetragen, dass es vermehrt zu Austausch, Abstimmung und einem „Voneinander lernen“ zwischen den Ländern gekommen ist. Dieser Effekt ist nicht

zu unterschätzen. Es ist alles andere als selbstverständlich, dass wissenschaftliche Studien zu einem positiven Wettbewerb und bestenfalls zu einer Nachahmung und Übertragung gelingender Modelle führen.

Natürlich können vorgelegte Rankings – wie auch beim Freiwilligensurvey – durchaus politisch hilfreich sein, wenn es um die Weiterentwicklung eines Feldes geht. Dies gilt besonders dann, wenn das Ranking für ein Land besonders positiv ausfällt. Es ist sicherlich nicht ganz zufällig, dass gerade die Länder Baden-Württemberg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz zu den Veranstaltern der heutigen Tagung zählen. Immerhin hat der Freiwilligensurvey des Jahres 2009 diesen Ländern, mit einer Engagementquote von 41 Prozent, einen Spitzenplatz im Ländervergleich zugewiesen.

An dieser Stelle komme ich nicht umhin, diese – für uns natürlich sehr erfreulichen Zahlen – ein Stück weit zu relativieren. Bei aller Freude über dieses Ergebnis sind wir nicht so vermessen, dieses Resultat eins zu eins auf die Politik der Landesregierung zurückzuführen. Uns ist völlig bewusst, dass es viele Faktoren gibt, die diese Entwicklungen mitbewirkt haben und auf die das Land nur bedingt Einfluss haben kann. Insofern zeichnet das Ergebnis weniger die Landesregierung, als vielmehr die hohe Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger aus, sich vor Ort zu engagieren.

Dennoch kann ich, im Rückblick von 1999 auf 2009 feststellen, dass sich in Rheinland-Pfalz Vieles bewegt hat. Innerhalb von 10 Jahren ist das Engagement insgesamt um 8 Prozent gestiegen. Parallel dazu hat es einen intensiven Ausbau der engagementfördernden Programme und Aktivitäten auf Landes- wie auf kommunaler Ebene gegeben. In aller Bescheidenheit darf ich anmerken, dass diese Bemühungen offenbar der Engagementbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger nicht geschadet haben und sie insofern doch einen gewissen Anteil an den positiven Ergebnissen des Freiwilligensurveys gehabt haben.

Jenseits von einzelnen Instrumenten, Programmen und Aktivitäten der Engagementförderung gibt es vielleicht einen Faktor, der hierbei besonders maßgeblich ist: Nämlich die Frage, wie ernsthaft und glaubwürdig bürgerschaftliches Engagement wahrgenommen, anerkannt und wertgeschätzt wird. Der Freiwilligensurvey, ebenso wie die Ergebnisse der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements", haben erheblich dazu beigetragen, dass das bürgerschaftliche Engagement in Rheinland-Pfalz ein Thema ist, das ernsthaft behandelt wird und zu welchem es eine spürbare Kultur der Anerkennung gibt. Unter der Ägide von Ministerpräsident Kurt Beck ist das Thema bürgerschaftliches Engagement wortwörtlich zur "Chefsache" geworden. Kurt Beck hat mit hoher Ernsthaftigkeit und mit Nachdruck darauf hingewirkt, dass viele neue Impulse gesetzt und in allen Ressorts – durchaus auch gegen Widerstände – neue Strukturen und Programme der Engagementförderung implementiert wurden. Ferner gehört es zu seinen Verdiensten, dass das Thema in der Landespolitik nicht

nur in Nischen und Randbereichen Berücksichtigung findet, sondern immer wieder mit hoher Priorität ganz oben auf die Agenda gesetzt worden ist.

Wenn Sie mich nach dem wichtigsten Erfolgsfaktor der Engagementförderung in Rheinland-Pfalz fragen, so würde ich diesen Punkt in besonderer Weise hervorheben. Das Bemühen um eine wirksame Förderung von Ehrenamt und Bürgerbeteiligung hängt in entscheidendem Maße davon ab, dass dieses Thema an der Spitze einer Landesregierung verstanden, ernsthaft wertgeschätzt und mit allem Nachdruck vorangetrieben wird. Hierfür stand und steht in besonderer Weise Ministerpräsident Kurt Beck.

Sichtbarstes Zeichen dieser Verankerung ist sicherlich die im Jahr 2006 in der Staatskanzlei eingerichtete Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung. Es ist sicherlich kein Zufall, dass die heutige Veranstaltung unter maßgeblicher Beteiligung unserer Leitstelle zustande gekommen ist.

An dieser Stelle komme ich nicht umhin, ein herzliches Dankeschön an den heutigen Moderator, Dr. Frank Heuberger, zu sagen, der – wie die meisten von Ihnen sicherlich wissen – bis vor zwei Jahren die Geschicke dieser Einrichtung leitete und sich mit großer Kreativität und hohem Einsatz für den Ausbau und die Stärkung der Engagementförderung in Rheinland-Pfalz eingesetzt hat. Auch in seinem „Unruhestand“ ist er weiterhin in hohem Maße engagiert, seither vor allem im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Er ist insofern sicherlich ein gutes Beispiel dafür, wie „junge Alte“ – auch in der nacherwerblichen Phase – ihre Erfahrung weitergeben und Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen.

Lassen sie mich abschließend noch einige Punkte hervorheben, die mir mit Blick auf die heutige Tagung besonders wichtig sind. Ich denke, es ist entscheidend, dass in der heutigen Diskussion der Ergebnisse des Freiwilligensurveys und seiner Länderstudien nicht allein auf die Engagementquote geschaut wird. Wie schon skizziert, gilt es diese Ergebnisse stets zu relativieren und in Bezug zu den vielen gesellschaftlichen Faktoren zu setzen, auf die die Landespolitik immer nur bedingt Einfluss haben kann. Eine hohe Engagementquote allein ist daher sicherlich nie Beleg für die Güte der Engagementpolitik eines Landes. Trotz intensiver Bemühungen im Bereich der Engagementförderungen können sich gesellschaftliche Entwicklungen negativ auf die Engagementbereitschaft der Menschen auswirken. Ich denke, eine solche Relativierung ist besonders wichtig, wenn man den Erfolg und Misserfolg politischer Bemühungen bewerten will. Schließlich können wir alle noch nicht vorhersagen, wie die Länderergebnisse im Survey von 2014 aussehen werden.

Viel wichtiger scheint mir deshalb – und dies ist das zentrale Anliegen der heutigen Veranstaltung – zu diskutieren, was wir aus den vorliegenden Ergebnissen an Konsequenzen für unsere Engagementpolitik ableiten können. Ist das, was ein Land in diesem Feld tut, das Richtige? Wo müssen wir neue Akzente setzen? Was gilt es künftig in den Blick zu nehmen?

Für all diese Fragen ist der Freiwilligensurvey unsere wichtigste Quelle. Aus dem vorhandenen Datenmaterial können wir sicherlich noch wichtige Konsequenzen ableiten. Darüber hinaus ist es entscheidend, die aus der Länderperspektive besonders wichtigen Fragestellungen in der kommenden Studie von 2014 zu verankern. Natürlich ist es dabei für uns von besonderem Interesse, die Vergleichbarkeit der Studien zu gewährleisten und die Möglichkeit einer Längsschnittauswertung zu wahren.

Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle noch einmal dem Bundesfamilienministerium, das den Survey finanziert, TNS Infratest Sozialforschung München, das die bisherigen drei Wellen des Freiwilligensurveys durchgeführt hat sowie dem Deutschen Zentralinstitut für Altersfragen (DZA), welches die vierte Welle des Surveys realisieren wird.

Dialog und Austausch zwischen dem Bund und den Ländern, zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis ist sicherlich ein entscheidender Erfolgsfaktor für den Erhalt der Kontinuität und die Weiterentwicklung des Feldes. Ich verrate sicherlich kein Geheimnis, wenn ich sage, dass die Kooperation und die Abstimmung zwischen Bund und Ländern im Bereich der Engagementförderung an Intensität und Qualität durchaus noch steigerbar sind. Die heutige Tagung möchte dazu beitragen.

Ich sage allen Organisatoren der heutigen Fachtagung meinen herzlichen Dank und wünsche Ihnen intensive und ertragreiche Diskussionen sowie eine angenehme Zeit in den Landesvertretungen Rheinland-Pfalz und Niedersachsen.